26.2.1968
000120
53847

Berlin, den 26.2.1968

I n f o r m a t i o n

Über ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Leiter der sowjetischen Delegation, Genossen Grinowaki, zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im 18-Staaten-Abrüstungsausschuss

An dem Gespräch nahmen die Genossen Zachmann und Neugebauer teil.

1. Zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im 18-Staaten-Abrüstungsausschuss

Nach Meinung der sowjetischen Delegation hat sich die Lage im 18-Staaten-Abrüstungsausschuss in den letzten 14 Tagen verbessert. Aus der Sicht der sowjetischen Delegation in Genf ist damit zu rechnen, dass der Ausschuss der UNC-Vollversammlung bis 15.3.1968 einen vollständigen Vertragsentwurf über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vorlegen wird. Hauptgegner des Vertrages sind gegenwärtig Brasilien und Rumänien.

Der italienische Vertreter sei zurückhaltend aufgetreten. Er habe Instruktionen erhalten, gegen den Vertragsentwurf scharf zu opponieren. Da er mit einer solchen Weisung nicht einverstanden gewesen sei, habe er ein persönliches Gespräch mit Fanfani herbeigeführt und erreicht, wenigstens gegenwärtig zurückhaltend aufzutreten

Indien und Burma haben noch nicht gesprochen. Zwischen Indien und Burma gibt es in ihrer Haltung zum Vertragsentwurf keine grossen Unterschiede. Sie werden ihn gegenwärtig weder unterstützen, noch ablehnen.

In den letzten Tagen wurde ersichtlich, dass eine Reihe von Mitgliedern des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses aus der Gruppe der nichtpaktgebundenen Staaten, die den Vertrags-

entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung nicht unterstützt, nichts dagegen einwenden werden, die Arbeit des Ausschusses vorläufig am 15.3.1968 zu beenden und den Vertragsentwurf der Vollversammlung zu übermitteln.

Sie wollen die Fortsetzung der XXII. UNO-Vollversammlung nutzen, um den Vertragsabschluss zu verzögern bzw. eine Zurückweisung der Verhandlungen an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuss zu erreichen.

Wichtiges Problem ist gegenwärtig, wie mit den schwedischen Änderungsvorschlägen zu verfahren ist. Darüber dauern die Verhandlungen zwischen den Delegationen der UdSSR und USA an.

Im Prinzip gibt es nichts gegen die schwedischen Vorschläge einzuwenden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses würde die Aufnahme der Vorschläge in den Vertragsentwurf begrüßen.

Es ist jedoch prinzipiell zu entscheiden, ob bis 15.3.68 überhaupt Veränderungen im Vertragsentwurf vorgenommen werden sollen.

Die Beendigung der Arbeiten im 18-Staaten-Abrüstungsausschuss zum 15.3.1968 hängt ausschliesslich von der Entscheidung des Co-Präsidenten ab. Gegenwärtig tritt die sowjetische Delegation gegen jeden Vorschlag einer Verlängerung der Verhandlungen auf und wird dabei von der USA-Delegation unterstützt.

Hauptfrage für die sozialistischen Staaten ist nach wie vor die negative Haltung der SRB zum Vertragsentwurf. Das Beharren der rumänischen Seite auf ihrer ablehnenden Haltung zum Vertragsentwurf kann das wesentlichste Hindernis für den baldigen Abschluss der Verhandlungen im Ausschuss sein.

2. Zu den Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten

Die Verhandlungen dazu dauern an. Die Regierung der UdSSR ist seit jeher bereit, solche Sicherheitsgarantien in den Vertragstext aufzunehmen. Die USA und Großbritannien haben jedoch strikt abgelehnt. Aus diesem Grunde müssen Möglichkeiten gefunden werden, die Frage ausserhalb des Vertragswerkes zu regeln, um den Abschluss des Vertrages nicht zu verzögern.

Grundlage dafür war der Kossygin-Vorschlag vom 1.2.1966. Auch diese Initiative der UdSSR wurde von den Westmächten abgelehnt.

Gegenwärtig geht es in den Verhandlungen darum, - Sicherheitsgarantien der Kernwaffenmächte an nichtkernwaffenbesitzende Staaten im Sicherheitsrat der UN zu vereinbaren. Es ist vorgesehen:

- im Sicherheitsrat eine Resolution anzunehmen, in der die Verpflichtung enthalten ist, im Falle eines Kernwaffenangriffes oder einer Drohung mit Kernwaffen, dem betreffenden Staat zu Hilfe zu kommen;
- die kernwaffenbesitzenden Staaten sollen durch ausdrückliche einseitige Erklärungen die Resolution des Sicherheitsrates billigen und unterstützen.

Die Regierung der UdSSR kämpft weiterhin um die Durchsetzung ihres Standpunktes, wonach Sicherheitsgarantien nur solchen Staaten gegeben werden können, die keine Kernwaffen besitzen und auf deren Territorien keine Kernwaffen lagern.

Die Westmächte sind strikt gegen eine solche Festlegung.

Ein Vorschlag der Westmächte, Sicherheitsgarantien nichtkernwaffenbesitzenden Staaten und solchen zu geben, die nicht in einen Kernwaffenkonflikt einbezogen sind, wurde von der UdSSR entschieden abgelehnt.

Aus diesen Gründen konnte in dieser Frage noch keine Einigung zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien erzielt werden.

3. Zur Haltung Westdeutschlands zum Atomwaffensperrvertrag

Die USA-Vertreter haben die sowjetische Delegation in Genf zu überzeugen versucht, dass die westdeutsche offizielle Haltung zum Vertragsentwurf vom 18.1.1968 besser sei als im vorigen Jahr.

Die sowjetischen Genossen sind informiert, dass der westdeutsche "Abrüstungsbeauftragte" Schnippenkötter ein Memorandum zur westdeutschen Haltung zum Vertragsentwurf vom 18.1.1968 ausgearbeitet hat. Kiesinger habe dieses Memorandum gebilligt. Auf der Grundlage dieses Memorandums würde der a laufende Meinungs austausch zum Atomwaffensperrvertrag zwischen Brandt und Rusk aufrechterhalten. Das Memorandum würde nicht veröffentlicht. Es sei den westdeutschen Auslandsvertretungen zur politischen Arbeit und Argumentation übersandt worden.

Wesentlicher Inhalt des Memorandums:

- a) Die westdeutsche Regierung wäre besonders wegen der Fassung des Artikels III (Kontrolle) besorgt. Sie würde zwar gegenwärtig nicht scharf gegen diesen Artikel auftreten, jedoch stehe bereits jetzt fest, dass die westdeutsche Regierung Kontrollinspektionen lediglich von Staaten akzeptieren könne, die selbst das Garantiesystem der IAEA anwenden. Damit würde die westdeutsche Regierung beispielsweise Inspektionen aus der Sowjetunion ablehnen.
- b) Die Gültigkeitsdauer des Vertrages dürfe nur 10 - höchstens 15 Jahre betragen.
- c) Die westdeutsche Regierung würde konsequent für periodische Konferenzen zur Revision des Vertrages eintreten. Sie sollten aller 5 Jahre stattfinden.
- d) Der Vertrag könne nur in Kraft treten, sofern ihn 40 Partner einschliesslich der Kernwaffenbesitzenden Staaten und der Hälfte der Mitglieder des Gouverneurrates der IAEA ratifiziert haben. Damit müsste gesichert werden, dass alle sog. Schwellenländer den Vertrag ratifiziert haben.

- e) Westdeutschland fordere Sicherheitsgarantien durch die Kernwaffenmächte nicht nur im Falle eines Überfalls mit Kernwaffen, sondern auch bei einer Bedrohung mit solchen Waffen.

Zachmann
- Z a c h m a n n -

Verteiler:

Gen. Staatssekretär Kortz
Gen. Stellv. Minister Dr. Kießwetter
Gen. Stellv. Minister Fischer
Abt. Information
Abt. Intern. Organisationen
Vertretung Genf